

# Rainer Hülse

## *When culture determines politics*

### Wie der Deutsche Bundestag die Türkei von der EU fernhält

#### 1. Einleitung

Die T-Frage – soll die Türkei in die EU aufgenommen werden? – schlägt in der deutschen Politik zur Zeit hohe Wogen und wird als Grundsatzfrage über die europäische Identität diskutiert. Doch sie ist weniger kontrovers als es den Anschein hat. Zwar äußern Regierung und Opposition unterschiedliche Präferenzen, doch – so die These dieses Beitrags – sie teilen die Überzeugung, dass die Türkei aus kulturellen Gründen eigentlich EU-untauglich ist.

Zu den Präferenzen: SPD und Grüne sind prinzipiell für die Aufnahme der Türkei in die EU, CDU/CSU dagegen.<sup>1</sup> Entsprechend hat der Regierungswechsel im Herbst 1998 zu einem Politikwechsel in der Türkeifrage geführt (von Kjaw 2003: 51; Önis 2000: 470-472). Die alte Bundesregierung hatte darauf hin gewirkt, dass der Europäische Rat der Türkei im Dezember 1997 den Kandidatenstatus verweigerte (Baun 2000: 93; Wood 1999: 110f.). Vor allem dem Betreiben der neuen Bundesregierung wird es dagegen zugeschrieben, dass die Türkei eben diesen Status zwei Jahre später auf dem EU-Gipfel in Helsinki zugebilligt bekam (Baun 2000: 130; Kramer 2000: 200; Park 2000: 36). Und auch der Beschluss des Europäischen Rats vom Dezember 2002, Ende 2004 darüber zu befinden, ob die Türkei die Aufnahmekriterien erfüllt und gegebenenfalls „ohne Verzug“ mit den Beitrittsverhandlungen zu beginnen, wird auf ein entsprechendes Engagement der deutschen Regierung zurückgeführt (Gültaşlı 2002: 98, 108).

Ich behaupte, dass Regierung und Opposition in der T-Frage weniger weit voneinander entfernt sind als es die Inszenierung gegensätzlicher politischer Positionen vermuten lässt. Allerdings nicht, weil sich auch die Opposition mit der Vorstellung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei anfreunden könnte, sondern weil im Gegenteil die Regierung die kulturellen Vorbehalte der Opposition teilt. Sieht man sich die Redebeiträge von SPD und Grünen genauer an, dann finden

---

\* Dr. Rainer Hülse, geb. 1969, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Technische Universität München.

<sup>1</sup> Die Positionen von FDP und PDS lassen sich weniger eindeutig bestimmen; sie werden hier nicht berücksichtigt.

sich darin Hinweise nicht nur auf ein kulturelles Verständnis europäischer Identität, sondern auch auf ein Bild der Türkei als kulturell anders. Und es bleibt nicht bei der wertfreien Feststellung der Andersartigkeit, diese wird vielmehr als latente Gefahr für die politische Verfasstheit der Türkei dargestellt. Während seitens der Regierungsparteien also einerseits – auf der Textoberfläche – dafür plädiert wird, der Türkei eine konkrete Beitrittsperspektive zu geben, wird die Türkei andererseits – im Subtext – in einer Weise konstruiert, die ihre EU-Tauglichkeit als höchst zweifelhaft erscheinen lässt.

Semiotik, Poststrukturalismus, Psychoanalyse und sozialwissenschaftliche Hermeneutik teilen die Annahme, dass es zwei Ebenen der Sinnkonstitution gibt: eine offensichtliche und eine darunter liegende, der oberflächlichen Beobachtung verborgene Ebene. Auf letztere haben die Subjekte nur bedingt Zugriff, Sinn konstituiert sich dort gleichsam hinter ihrem Rücken (Schröer 1994: 10). Daraus ergibt sich die Forschungsaufgabe, „durch den oberflächlichen Informationsgehalt des Textes durchzustoßen zu tieferliegenden (d.h. eben in gewisser Weise ‚latenten‘ bzw. ‚verborgenen‘) Sinn- und Bedeutungsschichten“ (Hitzler/Honer 1997: 23).

Nun fristen die genannten Theorien in den Politikwissenschaften allesamt ein Nischendasein. Von daher verwundert es nicht, dass die versteckten, auf den ersten Blick unsichtbaren Seiten der sozialen Wirklichkeit von PolitikwissenschaftlerInnen bislang noch kaum entdeckt wurden. Zugleich zeugt dieser Sachverhalt aber auch von einer gewissen Alltagsferne der Disziplin, denn die Text-/Subtext-Unterscheidung ist ja keineswegs nur ein postmodernes Hirngespinnst, sondern ist nicht weit von dem entfernt, wie wir im Alltag mit Texten, ja mit jeder Art von Sinnproduktion umgehen: Wir lesen ständig auch ‚zwischen den Zeilen‘. Der vorliegende Beitrag macht also ein alltägliches Verfahren beim Verstehen von Texten für die wissenschaftliche Textinterpretation fruchtbar. Dabei unterscheidet er zwischen Inhalt und Argumentation auf der einen, Stil und Rhetorik auf der anderen Seite. Text bezeichnet hier, *was* gesagt wird, Subtext die Art und Weise, *wie* es gesagt wird.

Im Folgenden werden zwei Bundestagsdebatten analysiert, in denen die T-Frage besonders hitzig diskutiert wurde: die Sitzungen vom 4.12.2002 und vom 19.12.2002, die unmittelbar vor bzw. nach dem EU-Gipfel stattfanden. Die Analyse konzentriert sich zunächst auf die Ebene der Texte (2.), dann auf die Subtexte (3.). Anschließend interpretiere ich den Partei übergreifenden Konsens über das Anderssein, „*the otherness*“, der Türkei als Ausdruck gesellschaftlicher Überzeugungen (4.) und gelange zu einer skeptischen Einschätzung der türkischen Beitrittsaussichten (5.).

## 2. Text

### *CDU/CSU*

Anlass dafür, dass sich der Bundestag am 4.12.2002 mit der T-Frage befasste, war der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Antrag: „Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei“. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, beim Treffen des Europäischen Rats zu verhindern, dass der Türkei ein konkreter Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen genannt wird. Denn – so die Begründung – es sei fraglich, ob eine EU-Mitgliedschaft der Türkei mit der Identität Europas vereinbar sei:

„Unbeschadet der Frage der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien muss die Frage eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union ebenfalls im Zusammenhang mit den Vorstellungen zur politischen Identität Europas gesehen werden (...) Die Europäische Union als handlungsfähige politische Einheit muss sich Klarheit über ihre Grenzen verschaffen und darüber, ob Länder, die nur teilweise zu Europa gehören, uneingeschränkt Mitglied werden können. Deshalb sollten (...) weitere Festlegungen bezüglich eines Beitritts der Türkei vermieden werden.“<sup>2</sup>

Hier wird die Beitritts- mit der Identitätsfrage verknüpft. Obschon zunächst als politisch spezifiziert, erhält die europäische Identität schon im darauf folgenden Satz eine geographische Dimension. Europa ist offenkundig scharf genug umrissen, um feststellen zu können, dass es Länder gibt, die – wie die Türkei – nur teilweise zu Europa gehören.<sup>3</sup>

Doch der Unterschied zwischen Europa und der Türkei wird nicht nur an der Geographie, sondern auch an der Kultur fest gemacht:

„Wir sind auch der festen Überzeugung, dass sich Europa auf ein gemeinsames kulturelles und auch religiöses Erbe gründet. Die Türkei gehört nicht dem europäischen Kulturkreis an (...) Eine geographisch grenzenlose Europäische Union würde das Projekt Europa, in das gerade die Union so viel Herzblut gelegt hat, für immer zerstören.“<sup>4</sup>

Die Grenze zwischen Europa und der Türkei ist hier eine kulturelle und religiöse. Diese zu überschreiten hätte fatale Folgen, nämlich die Zerstörung des europäischen Projekts. Nur wenig verblümt wird hier nicht nur einer Konkretisierung der Beitrittsperspektive, sondern auch dem Beitritt an sich eine Absage erteilt. Zwei Wochen später wird die Grenze spezifiziert:

„Die Europäische Union ist weltanschaulich neutral, aber von ihren Werten her eindeutig vom europäischen Menschenbild bestimmt, das zum einen durch die Aufklärung und zum anderen durch die christliche Anthropologie geprägt

<sup>2</sup> BT-Drucksache 15/126.

<sup>3</sup> Vgl. auch Plenarprotokoll 15/13, S. 927 (Wolfgang Schäuble, CDU/CSU).

<sup>4</sup> Ebd., S. 874 (Michael Glos, CDU/CSU).

ist. Daraus entwickelte sich das Verständnis der unantastbaren Menschenwürde, die Menschenrechte, die Gleichheit von Frau und Mann, die rechtsstaatliche Demokratie, die Pressefreiheit und schließlich die soziale Marktwirtschaft (...) Wenn Sie sich in islamischen Staaten und in früher christlich geprägten Staaten umschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Einstellung zur Demokratie, zu Menschenrechten, zur Pressefreiheit und zur Glaubensfreiheit unterschiedlich ist. Bisher gibt es keinen islamischen Großstaat auf der Erde, der unsere Werteordnung praktiziert.“<sup>5</sup>

Die Trennlinie verläuft also zwischen dem Christentum und dem Islam. Bemerkenswert ist die direkte Verbindungslinie, die zwischen dem Christentum und zentralen politischen Merkmalen der EU gezogen wird. Während die politischen Werte der EU christlich geprägt seien, weise kein „islamischer Großstaat“ Merkmale wie unantastbare Menschenwürde und Demokratie auf. Damit wird einerseits gesagt, dass die politischen Werte der EU Resultat von Kultur (genauer: christlicher Religion) seien, andererseits wird nahe gelegt, dass die Türkei die Beitrittskriterien wegen ihrer kulturellen Merkmale nicht erfüllt, eben weil sie islamisch ist. Es wird damit ein Zusammenhang hergestellt, den man in Abwandlung der bekannten Lowi-These (1972) formulieren kann als: *culture determines politics and policies*. Diese Kopplung von Kultur und Politik ist deshalb besonders interessant, weil sie – wie ich weiter unten noch zeigen werde – in Redebeiträgen aus den Reihen der Regierungsparteien in versteckter Form wieder auftaucht.

### *SPD und Grüne*

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion wird vom Bundestag mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.<sup>6</sup> Die RednerInnen der Regierungsparteien werben für eine Konkretisierung der türkischen Beitrittsperspektive: Sie läge im deutschen Interesse<sup>7</sup> und ohnehin sei der Türkei bereits 1963 die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt<sup>8</sup> und dies sei auf späteren Gipfeln auch bestätigt worden<sup>9</sup>. Die EU könne jetzt keinen „Rückzieher“<sup>10</sup> mehr machen, die „Kontinuität“<sup>11</sup> der deutschen Politik wird angemahnt.

Nachdem die CDU/CSU wiederholt die Frage gestellt hatte, ob denn eine Mitgliedschaft der Türkei überhaupt mit der europäischen Identität vereinbar sei, kamen auch die Regierungsparteien nicht umhin, Stellung zu beziehen. Die

<sup>5</sup> Plenarprotokoll 15/16, S. 1200 (Peter Hintze, CDU/CSU).

<sup>6</sup> Vgl. Plenarprotokoll 15/13, S. 920.

<sup>7</sup> Ebd., S. 884 (Gerhard Schröder, Bundeskanzler); ebd., S. 922 (Joschka Fischer, Bundesminister AA).

<sup>8</sup> Ebd., S. 936 (Michael Roth, SPD).

<sup>9</sup> Ebd., S. 885 (Schröder).

<sup>10</sup> Ebd., S. 895 (Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen).

<sup>11</sup> Ebd., S. 922 (Fischer).

Türkei – so ihre Entgegnung – gehört zu Europa, eine türkische EU-Mitgliedschaft ist kompatibel mit der europäischen Identität. Für diese Position werden drei verschiedene Argumente geliefert. Ein erstes besteht darin, europäische Identität so zu fassen, dass diese sich gerade durch kulturelle Vielfalt auszeichne und auch auf dem Islam gründe:

„Die Europäische Union ist eben keine Konfessionsgemeinschaft, sondern eine Wertegemeinschaft, die auf Pluralität und auf kultureller Vielfalt beruht: Sie hat christliche Wurzeln, sie hat jüdische Wurzeln, sie hat aber eben auch islamische Wurzeln.“<sup>12</sup>

Die zweite Begründung für die *europanness* der Türkei verweist auf eine Entscheidung des Europäischen Rats aus den späten 1980er Jahren, als dieser das Beitrittsgesuch Marokkos mit der Begründung abgelehnt hatte, es handle sich nicht um ein europäisches Land. Weil das zur selben Zeit gestellte türkische Gesuch normal geprüft wurde, ist für Markus Meckel (SPD) klar: „Die Türkei ist ein europäisches Land.“<sup>13</sup>

Das dritte und häufigste Argument lautet, dass Europa eine historische und politische, keine geographische Einheit sei: „Europa – so hat einer der großen europäischen Historiker einmal gesagt – ist noch nie in seiner Geschichte nur geographisch definiert worden, sondern stets vor allem politisch. Die Grenzen dieses Europa lernt man weniger im Erdkundeunterricht, sondern vor allem in Geschichte und eben in Politik.“<sup>14</sup>

Und mit Blick auf die Türkei: „Dass die Türkei (...) ihren Platz in Europa finden wird, ist aufgrund der historischen Erfahrungen und der politischen Realität im 21. Jahrhundert möglich und sicher auch nötig.“<sup>15</sup>

Historisch und politisch gehört die Türkei zu Europa und das sind die beiden entscheidenden Kriterien zur Bestimmung dessen, was Europa ist. In der Folge soll uns diese Begründung dafür, warum ein Beitritt der Türkei kompatibel mit europäischer Identität ist, besonders interessieren; handelt es sich dabei doch nicht nur um die zentrale argumentative Marschroute der Regierungsparteien, sondern auch um die deutlichste Abgrenzung von der Position der Christdemokraten: Deren kulturell-geographischer Definition Europas wird hier eine historisch-politische entgegengesetzt. Europäische Identität wird ent-essenzialisiert. Sie ist kein natürliches, pre-soziales Faktum wie in der Sichtweise von CDU/CSU, sondern etwas, das die Politik in der Vergangenheit geschaffen hat und worüber sie in der Gegenwart entscheidet. Statt sich mit der Union darüber zu streiten, was die kulturellen Merkmale Europas sind und ob die Türkei diese aufweist, lassen sich SPD/Grüne hier nicht auf ein solches Identitätsverständnis

<sup>12</sup> Plenarprotokoll 15/13, S. 936-937 (Roth). Ähnlich auch Plenarprotokoll 15/16, S. 1194 (Angelica Schwall-Düren, SPD).

<sup>13</sup> Ebd., S. 1215.

<sup>14</sup> Ebd., S. 1185 (Schröder).

<sup>15</sup> Ebd., S. 1186 (Schröder).

ein. Das mag eine kluge argumentative Strategie sein und entspricht fraglos dem, wie Identität heute in der Theorie verstanden wird, nämlich als soziale Konstruktion. Nur: Den Abgeordneten der Regierungskoalition gelingt es nicht, diese Linie konsequent durchzuhalten. Immer wieder scheinen in ihren Reden kulturelle und geographische Konzeptionen von Europa auf, verbunden mit der kulturellen Abgrenzung von der Türkei. Das wird deutlich, wenn man ihre Reden etwas genauer untersucht, also auch die Subtexte in den Blick nimmt.

### 3. Subtext

Im vorliegenden Kapitel wird die Argumentation der Regierungsparteien einer kritischen Prüfung unterzogen. Allerdings nicht indem erörtert wird, ob im Zusammenhang mit europäischer Identität eine Ausblendung geographischer und kultureller Aspekte überhaupt möglich ist und ob der Islam als Wurzel Europas gesehen werden kann.<sup>16</sup> Vielmehr wird untersucht, ob es den RednerInnen von SPD und Grünen tatsächlich gelingt, im Kontext der Türkeiidebatte konsistent kultur- und geographiefreie Europaideen zu äußern und ob bei ihnen kulturelle oder geographische Erwägungen demnach außen vor bleiben, wenn sie die Frage des türkischen Beitritts diskutieren. Wie unschwer zu erraten sein dürfte: Es gelingt ihnen nicht! Ich werde im Folgenden zeigen, wie und wo sich bei SPD/Grünen die Geographie einschleicht, wie auch bei ihnen Kultur und Religion in der Diskussion der T-Frage eine wichtige Rolle spielen und wie zuweilen sogar ein direkter Zusammenhang zwischen Kultur und Politik hergestellt wird.

#### *Geographie*

Im eingangs zitierten Antrag der CDU/CSU-Fraktion wird behauptet, dass die Türkei nur zum Teil zu Europa gehört. Die RednerInnen von SPD/Grünen vermeiden zwar explizite geographische Grenzziehungen, doch ihre Metaphorik, wonach die Türkei wahlweise Brücke, Nahtstelle oder Scharnier ist, deutet darauf hin, dass sie die Auffassung der Union teilen: „Die Türkei kann (...) eine wichtige, vielleicht die wichtigste Brücke zwischen Kontinentaleuropa auf der einen Seite und dem östlichen Mittelmeerraum auf der anderen Seite werden.“<sup>17</sup> Nur wenige Minuten nachdem sich Bundeskanzler Schröder gegen eine geographische Europadefinition ausgesprochen hat, nimmt er hier – indem er von „Kontinentaleuropa“ spricht – eine geographische Bestimmung vor. Dieser Kontinent wird vom „östlichen Mittelmeerraum“ abgegrenzt, die Türkei bildet die Brücke zwischen beiden. Als Brücke stellt sie zwar die Verbindung zwischen den beiden Seiten sicher, doch teilt sie mit den Seiten jeweils nur einen Berührungspunkt, eben dort, wo die Brücke auf das Ufer trifft. Aber sie gehört weder zur

<sup>16</sup> Vgl. Plenarprotokoll 15/13, S. 936-937 (Roth).

<sup>17</sup> Plenarprotokoll 15/16, S. 1186 (Schröder).

einen noch zur anderen Seite. Sie steht und steckt zwischendrin. Der Brückenmetapher vergleichbar sind das „Scharnier“ und die „Nahtstelle“<sup>18</sup>, die der Türkei ebenfalls eine „*liminal position*“ (Rumelili 2003) zuweisen. Das vorgeblich rein politische Europakonzept der Regierungsparteien ist also durchaus nicht frei von geographischen Elementen.

### *Kultur*

Fokussiert man auf kulturelle Aspekte wird deutlich, dass die Türkei als der nicht-europäischen Seite zuneigend gesehen wird. Während sie als „Nahtstelle zur islamisch geprägten Welt“<sup>19</sup> noch in der Zwischenstellung verbleibt, wird sie als „aufgeklärt islamisches Scharnier“<sup>20</sup> zwar immer noch als *liminal*, aber doch schon explizit als islamisch charakterisiert. Das Islamische der Türkei wird schließlich essenzialisiert, wenn davor gewarnt wird, „dass die Türkei (...) zurück in die islamische Region gedrückt wird“.<sup>21</sup> Ursprünglich und eigentlich, so der Subtext, gehört die Türkei zur islamischen Region, alles andere ist allenfalls ein vorübergehender Zustand. Letzte Zweifel hinsichtlich ihrer kulturellen Zugehörigkeit werden ausgeräumt, wenn sie als „großes islamisches Land“<sup>22</sup> bezeichnet wird. In allen diesen Redeausschnitten wird ein kulturelles Merkmal – Religion – dazu verwendet, um die Türkei zu charakterisieren. Der Islam ist diesen Konstruktionen zufolge das entscheidende Kennzeichen der türkischen Kultur. Er steht für den kulturellen Unterschied zwischen der Türkei und Europa. Somit resultiert die europäische Identität aus der Differenz zur islamischen Türkei. Die Türkei wird zu Europas „*Other*“. Diese Konstruktion kultureller Identität/Differenz widerspricht dem weiter oben zitierten Plädoyer Schröders für eine politische Definition Europas. Es fällt offensichtlich schwer, Europa tatsächlich ohne Zuhilfenahme von geographischen oder kulturellen Kennzeichen zu bestimmen. Jede Charakterisierung der Türkei als islamisches Land unterläuft eine politische Europakonzeption, wonach es völlig unerheblich sein müsste, welche Religion in einem Land praktiziert wird. Wenn aber die Türkei immer wieder als islamisch bezeichnet wird, dann hat dies eine Bedeutung. Würden Kultur und Religion in der Vorstellung davon, was Europa ist, tatsächlich keine Rolle spielen, dann dürfte auch der Islam nicht vorkommen, wenn über einen türkischen EU-Beitritt gesprochen wird. So aber ist davon auszugehen, dass die wahrgenommene kulturelle Andersartigkeit der Türkei auch die Beurteilung ihres Beitritts gesuchs beeinflusst.

---

<sup>18</sup> Ebd., S. 1193f. (Schwall-Düren).

<sup>19</sup> Ebd., S. 1193 (Schwall-Düren).

<sup>20</sup> Ebd., S. 1194 (Schwall-Düren).

<sup>21</sup> Ebd., S. 907 (Franz Müntefering, SPD).

<sup>22</sup> Plenarprotokoll 15/13, S. 922 (Fischer).

### *Kultur und Politik*

Die (angeblichen) kulturellen Unterschiede werden dann zum fast unüberwindlichen Beitritts Hindernis, wenn dem Islam eine inhärente Demokratieuntauglichkeit zugeschrieben wird. Nach diesem Verständnis ist es der Türkei nachgerade unmöglich, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, eben weil sie islamisch ist. Ihr wird unterstellt, dass ihre Kultur, namentlich die mehrheitlich ausgeübte Religion, unmittelbaren Einfluss auf ihre Politik hat, ja diese letzten Endes bestimmt; eben wieder: *culture determines politics and policies*. Nicht so sehr der Islam an sich ist dann das Problem, sondern seine politischen Implikationen. Eine solche Verknüpfung zwischen Religion und Politik wird – wie oben gezeigt – vor allem von Seiten der CDU/CSU vorgenommen. Sie findet sich aber auch – wenngleich weniger explizit – in einer Äußerung des Bundeskanzlers: „Es sollte Einigkeit darüber bestehen, dass wir ein großes, ein gemeinsames – ich sage: ein nationales – Interesse daran haben, dass in der Türkei die Kräfte unterstützt werden, die eine säkularisierte Türkei im Sinne ihres Staatsgründers Atatürk wollen und dafür auch eintreten, und dass diese Türkei nicht in den islamischen Fundamentalismus abdriftet.“<sup>23</sup>

Zwei Entwicklungen werden für denkbar gehalten: Entweder die VerfechterInnen einer säkularisierten Türkei setzen sich durch oder die Türkei driftet in den islamischen Fundamentalismus ab. Einen Mittelweg, zum Beispiel eine gemäßigte islamische Herrschaftsform, gibt es nicht. Wenn es der Türkei nicht gelingt, den Islam vollständig von der Politik fernzuhalten, dann droht der islamische Fundamentalismus. Hier wird die einfache Gleichung aufgemacht: Islam = Fundamentalismus. Besonders aufschlussreich ist die Metapher des Abdriftens: Die Türkei wird als Boot vorgestellt, das in eine bestimmte, nämlich islamische Strömung geraten ist. Wenn sie nicht gegensteuert, also nicht die Säkularisierung durchsetzt, dann wird sie von der Drift automatisch fortgetragen. Die Türkei muss den islamischen Fundamentalismus also gar nicht aktiv verfolgen, er kommt – so sie sich nicht dagegen wehrt – von selbst. Er ist gleichsam die natürliche Entwicklungsrichtung der Türkei. Umgekehrt gilt, dass eine Säkularisierung, die diese Entwicklung verhindern könnte, der Türkei im Grunde wesensfremd ist. Zugespielt ausgedrückt wird die Türkei hier als potenzieller Gottesstaat konstruiert. Während Schröder der Türkei eine natürliche Neigung zum islamischen Fundamentalismus zuschreibt, konstruiert sein Außenminister sie als potenziellen *terrorist state*: „Gibt es ein großes islamisches Land, das den Weg zu einer erfolgreichen Modernisierung unter rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Bedingungen gehen kann, ja oder nein? Wenn das der Türkei gelingt, wird das der wichtigste Erfolg im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sein.“<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Ebd., S. 884 (Schröder).

<sup>24</sup> Ebd., S. 922 (Fischer).

Der Islam ist die Quelle des internationalen Terrorismus und deshalb wäre eine Modernisierung der Türkei ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen den Terror. Ein Scheitern ihrer Modernisierung ließe hingegen seine Fortsetzung befürchten. Somit wird ein Zusammenhang aufgestellt, der sich in der Zuspitzung so darstellt: 1) Islam = potenzieller Terrorismus; 2) Türkei = islamisch; aus 1) und 2) folgt: 3) Türkei = potenzieller Terrorismus.

Insgesamt ergibt sich das folgende Bild: Einerseits werben die Abgeordneten von SPD und Grünen für eine politisch verstandene Identität Europas und für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Andererseits bestimmen aber auch sie Europa geographisch und kulturell und konstruieren die Türkei als andersartig: als geographisch nicht in (oder bestenfalls am äußersten Rand von) Europa mit einem natürlichen Hang zum islamischen Fundamentalismus versehen und als potenzielle Basis des internationalen Terrorismus. Die Türkei wird zur Antithese von Europa gemacht. Es steht kaum zu erwarten, dass eine so konstruierte Türkei in die EU aufgenommen wird. Damit konterkarieren die Konstruktionen zwischen den Zeilen das textoberflächliche Werben der Regierungsparteien für eine Konkretisierung der türkischen Beitrittsperspektive. Die im Subtext geschaffene Wirklichkeit steht im Gegensatz zur Argumentation im Text. Wie ist das zu erklären?

#### 4. Kollektive Überzeugungen

Eine mögliche Erklärung für den Widerspruch könnte sein, dass es sich um einen rhetorischen Trick der Sprecher handelt: Die Abgeordneten von SPD und Grünen sind in der Tat – genau wie von ihnen auf der Textoberfläche behauptet – für einen EU-Beitritt der Türkei und für ein politisch verstandenes Europa. Um von ihrer Position zu überzeugen, entwerfen sie im Subtext ein Szenario dessen, was drohen könnte, verweigerte die EU der Türkei die Mitgliedschaft: Destabilisierung, Fundamentalismus, Terrorismus. Die Alternative zur EU-Erweiterung wird in so schwarzen Zügen gemalt, dass eine Aufnahme der Türkei als vergleichsweise vorteilhafte Handlungsoption erscheint. Statt als rhetorische Strategie könnte der Widerspruch zwischen Text und Subtext aber auch als Folge gegensätzlicher bewusster und unbewusster Überzeugungen interpretiert werden. Die Sprecher sind dieser Erklärung zufolge nur auf der Ebene des Textes zu absichtsvoller Kommunikation imstande. Sie können steuern, *was* sie sagen, aber *wie* sie es sagen, unterliegt nur bedingt ihrer Kontrolle. Das beschriebene Schreckensszenario ist dann weniger intentionaler Entwurf der Redner als vielmehr Ausdruck ihrer unbewussten Überzeugungen. Im Grunde glauben auch die Abgeordneten von SPD/Grünen, dass die Türkei kulturell nicht in die EU passt. Die manifesten Vorbehalte ihrer Kollegen von CDU/CSU sind latent auch bei ihnen vorhanden. Folglich gibt es einen Partei übergreifenden Konsens: Die Türkei ist von Europa insbesondere in kultureller Hinsicht deutlich verschieden.

Gerade weil diese Auffassung über die Türkei von allen Beteiligten bewusst (CDU/CSU) oder unbewusst (SPD/Grüne) geteilt wird, liegt die Vermutung nahe, dass sich bei SPD und Grünen im Subtext nicht individuelle, sondern kollektive, das heißt in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitete Überzeugungen zu Wort melden: die gängigen, tief in unserem kollektiven Gedächtnis verankerten Vorstellungen von der Türkei. So gesehen widerspiegelt der Subtext unsere kollektiven Überzeugungen. Zugleich aktiviert er diese Überzeugungen, ruft sie in Erinnerung und sorgt so für ihre Reproduktion.

Die These vom Subtext als Spiegel (und Produzent) kollektiver Überzeugungen scheint mir sogar dann haltbar, wenn wir den Subtext nicht als dem intentionalen Zugriff weitgehend entzogenen Bereich des Unbewussten sehen, sondern wie in der ersten Erklärung als von den Sprechenden durch ihre Rhetorik manipulierbar. Denn das Schreckensszenario wird seinen strategischen Zweck nur dann erfüllen, wenn die Zuhörer glauben, dass es auch eintreffen könnte. Es muss auf ähnlich gelagerte Vorstellungen der Rezipienten stoßen, es bedarf eines gesellschaftlichen Resonanzbodens. Für unseren Fall bedeutet das: Allein die Tatsache, dass die Redner das türkische Beitritts-gesuch in einen Zusammenhang mit einer drohenden Fundamentalisierung der Türkei bringen, spricht dafür, dass entsprechende Überzeugungen vorhanden sind – wenn nicht bei den Sprechern selbst, so doch zumindest bei den Adressaten. Wäre die Auffassung von der kulturellen Andersartigkeit der Türkei nicht weit verbreitet, dann käme auch im Bundestag niemand auf die Idee, darauf anzuspielen.

## 5. Fazit

Was hier zu Tage gefördert wurde, sind *Konstruktionen* der Türkei. Dabei ist es völlig unerheblich, ob die Türkei ‚tatsächlich‘ nur halb-europäisch oder immer-noch-nicht-ganz-europäisch ist. Denn es kommt nicht darauf an, wie die Welt objektiv sein mag, sondern darauf, wie wir sie sehen. Und da wir gewohnt sind, die Türkei als nicht ‚wirklich‘ europäisch aufzufassen, wird sich diese Überzeugung auch durch realpolitische Veränderungen nicht von heute auf morgen ändern lassen. Überzeugungen, zumal kollektive, hinken den Ereignissen hinterher. Schon gar nicht lassen sie sich von Regierungswechseln beeindrucken. Sie sind zu stabil, als dass sie nicht auch den Politikwechsel zwischen der Regierung Kohl und der Regierung Schröder überdauerten. Und zwar deshalb, weil sie in die Sprache (‚etwas türken‘)<sup>25</sup> und den Diskurs über die Türkei eingeschrieben und somit weniger leicht zu ändern sind als politische Standpunkte. So erklärt sich, dass rot-grüne Abgeordnete in einer Weise über die Türkei sprechen, die in deutlichem Widerspruch zu ihrer Politik steht. Selbst Bundeskanzler Schröder

---

<sup>25</sup> Wie sehr die deutsche Sprache durchsetzt ist von Vorurteilen über die Türkei beschreibt Spohn (1993).

und Außenminister Fischer, eifrige Befürworter einer konkreten Beitrittsperspektive für die Türkei, konstruieren die Türkei als wenig europäisches Land. Wie wir alle sind sie Gefangene ihrer (unserer) kollektiven Überzeugungen. Den tradierten Vorstellungen über ein Land zu entkommen und sie durch eine neue Lesart zu ersetzen, ist zwar nicht unmöglich, aber schwierig und langwierig.

Bei aller in solchen Angelegenheiten gebotenen Vorsicht würde ich deshalb die Prognose wagen, dass mit einem EU-Beitritt der Türkei allenfalls langfristig zu rechnen ist: Die Türkei mag sich noch so sehr um die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bemühen und die Bundesregierung mag noch so entschlossen den Beginn von Beitrittsverhandlungen fordern – bis nicht nur Verhandlungen aufgenommen werden, sondern auch das Land, dürfte noch einige Zeit vergehen: nämlich so lange, bis die Türkei nicht nur die politischen Kriterien der *europanness* erfüllt, sondern auch in den Vorstellungswelten aller EU-Staaten als europäisches Land angekommen ist.

Wenn diese Prognose richtig ist, dann beschreibt die These *culture determines politics and policies* aber nicht nur, wie sich aus der Sicht des Bundestags die Verhältnisse in der Türkei darstellen (die Türkei als Land, dessen Politik von seiner Kultur und Religion bestimmt wird). Vielmehr trifft die These dann auch auf die deutsche Türkeipolitik zu: Der Bundestag konstruiert eine kulturelle Differenz zwischen der Türkei und Europa und genau diese Wahrnehmung eines kulturellen Unterschieds bestimmt seine Politik gegenüber der Türkei.

## Bibliographie

- Baun, Michael J. 2000: A Wider Europe: the Process and Politics of European Union Enlargement, Lanham.
- Gültasli, Selcu 2002: The Copenhagen Summit: A New Era or Another 'Déjà Vu' for Turkey?, in: Alternatives. Turkish Journal of International Relations 1: 4, 93-112.
- Hitzler, Ronald/Honer, Anne 1997: Einleitung: Hermeneutik in der deutschsprachigen Soziologie heute, in: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung, Opladen, 7-27.
- Kjawa, Dietrich von 2003: Grenzen der Erweiterung. Die Türkei ist ein Teil des ‚Projektes Europa‘, in: Internationale Politik 58: 3, 47-54.
- Kramer, Heinz 2000: A Changing Turkey: the Challenge to Europe and the United States, Washington.
- Lowi, Theodore 1972: Four Systems of Policy, Politics and Choice, in: Public Administration Review 33, 298-310.
- Önis, Ziya 2000: Luxembourg, Helsinki and Beyond: Towards an Interpretation of Recent Turkey-EU Relations, in: Government and Opposition 35: 4, 463-483.
- Park, William 2000: Turkey's European Union Candidacy: From Luxembourg to Helsinki – to Ankara?, in: Mediterranean Politics 5: 3, 31-53.
- Rumelili, Bahar 2003: Liminality and Perpetuation of Conflicts: Turkish-Greek Relations in the Context of Community-Building by the EU, in: European Journal of International Relations 9: 2, 213-248.

- Schröer, Norbert 1994: Einleitung: Umriß einer hermeneutischen Wissenssoziologie, in: Ders. (Hrsg.), *Interpretative Sozialforschung. Auf dem Wege zu einer hermeneutischen Wissenssoziologie*, Opladen, 9-25.
- Spohn, Margret 1993: *Alles getürkt. 500 Jahre (Vor)Urteile der Deutschen über die Türken*, Oldenburg.
- Wood, Pia Christina 1999: *Europe and Turkey: A Relationship under Fire*, in: *Mediterranean Quarterly* 10: 1, 95-115.

# Welt

## Trends

Zeitschrift für  
internationale Politik und  
vergleichende Studien

### WT-Streitplatz:

## Außenpolitik der Berliner Republik

### Wissenschaftler und Politiker diskutieren

#### Deutsche Eliten und Außenpolitik

##### (Die Elsenhans-Debatte)

Reif für die Weltpolitik? Gedanken zur außenpolitischen Elite Deutschlands; Ausbildung und Qualifikation; Wer ordnet die Welt? *WT-Hefte 25, 28, 29*

#### Transatlantische Perspektiven

##### (Die Risse-Debatte)

Die neue Weltordnung: US-amerikanische Hypermacht – europäische Ohnmacht?; Kooperative Multipolarität statt konfrontativem Internationalismus? Neue Welt(un)ordnung; „Old Europe“. *WT-Hefte 39, 40 und 41*

#### Großmächtiges Deutschland

##### (Die Hellmann-Debatte)

Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik; Großmächte und Halbstarke; Europessimismus? Selbstbeschränkter Realismus. *WT-Hefte 42, 43 und 44. Die Diskussion läuft.*

E-Mail-Bestellungen: [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de) und

[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)